

Dezember 2005

Die Verwässerung der Europäischen Union zu einer Freihandelszone ist ein Prozess, der unumkehrbar zu werden droht. Die starke Heterogenität der Länder, welche die Union nunmehr bilden, die Divergenz ihrer nationalen Interessen, ihre verschiedenartigen Visionen hinsichtlich der Ziele des europäischen Prozesses sowie ihre unterschiedlichen Auffassungen in der Frage des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten führen unweigerlich zu diesem Ergebnis. Zahlreiche Staaten billigen und begünstigen diese Tendenz. Andere finden sich mit dieser Rückentwicklung noch nicht ab, sei es, weil sie aufgrund ihrer viel längeren Beteiligung am Einigungsprozess in höherem Maße voneinander abhängig sind, sei es, weil sie überzeugt davon sind, dass es ihnen alleine nicht gelingen wird, den Herausforderungen des neuen Jahrhunderts zu begegnen, und sich daher der Schaffung einer engeren Einheit zuwenden. Demzufolge haben sie von neuem das Ziel vorgegeben, die Schaffung eines für die Wiederbelebung des politischen Einigungsprozesses günstigeren Rahmens durch die Initiative einer kleineren Gruppe von Staaten in der Union zu fördern. Für einige Länder, an der Spitze Frankreich und Belgien, besteht das Problem nicht darin, *ob* eine Avantgarde innerhalb der Europäischen Union entstehen muss, sondern vielmehr darin, *wie, wann und mit wem* dies zu geschehen hat.

Die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses wird insgesamt durch den Umstand geprägt, dass in den Phasen, in denen entscheidende Fortschritte erzielt wurden, stets eine kleinere Gruppe von Ländern das Projekt gefördert und die anderen mitgezogen hat (dies war so von der Gründung der EGKS bis zur Einführung des Euro). Die heutige Lage weist jedoch Besonderheiten für die Länder auf, die einen Weg suchen, um die Einigung wieder in Gang zu bringen: einerseits ist inzwischen ein derart hohes Maß an gegenseitiger Abhängigkeit erreicht und sind derart entscheidende Kompetenzen zusammengelegt worden, dass es undenkbar ist, den Staaten noch weitere Entscheidungsbefugnisse zu entziehen, ohne gleichzeitig das Problem der tatsächlichen Übertragung von Souveränität von den Staaten auf Europa aufzuwerfen. Andererseits lässt der Druck, der von den immer vielfältigeren Herausforderungen in einem internationalen Rahmen ausgeht, in dem die asiatischen Mächte zunehmend an Bedeutung gewinnen, wenig Zeit für konkrete Schritte zur Stärkung der Fähigkeit der Europäer, der neuen Situation gemeinsam zu begegnen. Zum einen besteht also die Notwendigkeit, sich auf den schwierigsten Schritt vorzubereiten, nämlich die Schaffung einer tatsächlichen europäischen Macht mit eigenen Ressourcen, die in den Bereichen, in denen sie ausschließlich zuständig ist, an die Stelle der Staaten tritt, und die diesen in den Bereichen mit geteilter Zuständigkeit zur Seite steht - wobei dies die einzige reale Möglichkeit ist, um die Integration weiter voranzubringen; zum anderen besteht die dringende Notwendigkeit, diese Initiative in die Wege zu leiten.

Es gibt zahlreiche Vorschläge zur Schaffung eines „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“; nicht alle sind jedoch zu verwirklichen und nicht alle zielen auf die Stärkung der Einheit der Europäer ab. Diese Vorschläge beinhalten die Hypothese der verstärkten Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen und zwischen unterschiedlichen Ländergruppen; diese Zusammenarbeit müsste zur Entstehung einer Avantgarde führen, die sich aus den Staaten zusammensetzt, welche am Ende in allen Bereichen zusammenarbeiten werden. Oder sie betreffen die (etwa vom französischen Innenminister Sarkozy erwogene) Möglichkeit, dass die sechs großen Länder der Union (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Polen, Spanien und Italien), die für sich allein genommen 75% der Bevölkerung ausmachen, der Motor des neuen Europas werden, indem sie beschließen, die Integration in einigen Bereichen mit oder ohne Zustimmung der übrigen Mitgliedstaaten voranzutreiben. Andere betonen mit Nachdruck, dass es die Aufgabe der Länder der Euro-Zone sein müsste, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Länder, die kurz vor einem Eintritt in diese Zone stehen, die Integration zu vertiefen (in diesem Sinne Präsident Chirac und - noch eindeutiger - Premierminister Verhofstadt), oder dass eine Gruppe von Staaten, die sich vom Geist der Gründerväter inspirieren lassen und bereit sind, sich genaueren und verbindlicheren Vorschriften als denen zu unterwerfen, die für die verstärkte Zusammenarbeit gelten, ein „kleines Haus in dem großen Haus“ errichten (so der französische Außenminister Douste-Blazy), oder dass die Initiative von den sechs Gründerstaaten ausgeht, wobei die Staaten, die dies möchten, sich beteiligen könnten (in diesem Sinne der Präsident der Italienischen Republik Ciampi und Karl Lamers).

Allen Vorschlägen gemeinsam ist die Überlegung, dass Frankreich und Deutschland unbedingt im Zentrum des Prozesses stehen sollten und dass es sich bei den Bereichen, in denen eine Vertiefung der Integration unerlässlich ist, um die entscheidenden Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich Verteidigung und Bekämpfung des Terrorismus, sowie Steuerwesen und Schutz des Sozialsystems

handelt. Abgesehen von dem Gedanken der von den sechs großen Ländern gebildeten Gruppe gehen alle Hypothesen von offenen Avantgarden aus, denen alle Staaten beitreten können, die sich über die Ziele und die festgelegten Regeln einig sind. Jede dieser Hypothesen beschreibt jedoch unterschiedliche Wegstrecken und institutionelle Ziele, und von den letztgenannten wiederum hängt es ab, ob die Initiative zur Gründung einer Avantgarde von Erfolg gekrönt sein kann.

Am wenigsten überzeugt ohne Zweifel jener Vorschlag, in dem auf die Schaffung einer Gruppe - bestehend aus den sechs so genannten großen europäischen Ländern - abgestellt wird, die in der Lage ist, die Entscheidungen innerhalb der Union in erster Linie auf der Grundlage der Verteidigung der eigenen nationalen Interessen durchzusetzen, und in dem somit de facto die Gründung eines Direktoriums angeregt wird. Dieser Versuch ist jedoch zum Scheitern verurteilt, und zwar nicht nur, weil er ausufernde Reaktionen auslösen würde, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass ein Land wie Großbritannien einbezogen würde, das jedwede Vertiefung der Integration, die seine Souveränität schwächen könnte, nicht nur politisch, sondern auch historisch ablehnt. Die britische Regierung nimmt in der Außen- und Verteidigungspolitik sowie in der Währungs- und Sozialpolitik Standpunkte ein, die sich radikal von denen der Kontinentaleuropäer unterscheiden, und dies macht es undenkbar, dass die genannte Gruppe von Staaten auf Dauer gemeinsame Standpunkte finden und teilen kann. Insbesondere im Bereich der Verteidigung, in dem Großbritannien die eigene Präsenz zu behaupten und seine Führungsrolle durchzusetzen versucht - und in dem der Gedanke, dass Großbritannien ein unverzichtbarer Partner sein muss, in stärkerem Maße verbreitet ist -, sieht die Wirklichkeit so aus, dass die englische Regierung sich weiterhin von der Überlegung leiten lässt, die Ambitionen der Kontinentaleuropäer zu bremsen und die europäische Verteidigung in den Rahmen einer schwachen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Dienste der NATO einzuordnen.

Generell genügt die Zusammenarbeit zwischen Nationalstaaten offensichtlich nicht, wenn das Ziel darin besteht, ein europäisches Gebilde zu schaffen, das in der Lage wäre, eine Außenpolitik mit Weltgeltung zu verfolgen und die eigenen sozialen, politischen und kulturellen Besonderheiten zu verteidigen und zu verbreiten. Gerade weil es sich um Bereiche handelt, welche die Souveränität in ihrem Kern betreffen, ist es undenkbar, die Integration in diesen Bereichen zu vertiefen, ohne einen gemeinsamen Staat zu gründen und ohne in diesen Bereichen auf die Befugnis der einzelnen Länder zu verzichten, in letzter Instanz Entscheidungen zu treffen. Von daher gewinnt die Frage, in welchem Rahmen eine Initiative zur Errichtung einer europäischen föderalen Macht denkbar ist, entscheidende Bedeutung.

Wenn in der Tat nicht bestritten werden kann, dass die Gruppe der Vorkämpfer offen sein muss für alle Staaten, die sich zusammenschließen möchten, so ist ebenso offenkundig, dass der politische Wille, der unverzichtbar ist, um den *Status quo* in Frage zu stellen und die Gründung eines Bundesstaates in die Wege zu leiten, vernünftigerweise nur zwischen den Ländern wachsen kann, welche die historischen und politischen Voraussetzungen entwickelt haben, die es ermöglichen, einen solchen Sprung für denkbar zu halten. Die historisch-politische Tatsache, von der auszugehen ist, besteht darin, dass nur die Gründerstaaten sich zu Beginn der 50er Jahre den Gedanken zu eigen gemacht haben, dass das letztendliche Ergebnis des europäischen Integrationsprozesses eine Föderation sein müsste. Und gerade in der Gründerstaaten haben die politische Klasse und die öffentliche Meinung ihre Art zu regieren, zu handeln und zu denken mehr als ein halbes Jahrhundert lang an der - noch vor wenigen Jahren als unaufhaltsam und unvermeidbar erachteten - Entwicklung der europäischen Integration im föderalen Sinne ausgerichtet. Unter diesem Aspekt hat die Euro-Zone eher die Merkmale einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft als einer Schicksalsgemeinschaft. Von daher ist sie als solche gleichzeitig zu heterogen und zu breit angelegt, um von Anfang an Fortschritte im föderalen Sinne fördern zu können. Dagegen kann glaubhaft davon ausgegangen werden, dass - sobald die Initiative lanciert würde - die Staaten, welche die einheitliche Währung eingeführt haben, die ersten wären, die mit der Frage ihres Beitritts zur Föderation konfrontiert und diese Frage aufwerfen würden.

Bleibt die Tatsache, dass es *hic et nunc* vorrangig und wesentlich ist, die Phase der Ausarbeitung der Entscheidung und der Festlegung des Zeitpunkts für die Gründung des neuen europäischen Staates von der Phase der Beteiligung und der Mitwirkung an seinem nunmehr konkreten Handeln zu unterscheiden. Ohne diese Unterscheidung ist es nicht nur unmöglich, die für die Wiederbelebung der politischen Einigung Europas Verantwortlichen zu ermitteln, sondern man läuft auch Gefahr, einen Entwurf zu verfolgen, der in der mehr oder weniger engen Zusammenarbeit zwischen vagen Gruppen von Ländern besteht und den Zerfall der Union befördern würde. Diese Unterscheidung macht die Verantwortung deutlich, die vor allem auf Frankreich und Deutschland sowie auf den anderen Gründerstaaten ruht, die aktiver Bestandteil dieser Initiative sein möchten. Es obliegt den Regierungen, den politischen Klassen und den tragenden Kräften der Gesellschaft dieser Länder, aus dem unvermeidlichen „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, das immer häufiger genannt wird, eine solide Konstruktion zu machen, die in der Lage ist, konkrete Antworten auf die Erfordernisse der Bürger zu geben und sich auf der internationalen Bühne zu behaupten.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF Onlus, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org